

Sitzungsniederschrift

14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

| | | |
|---|-------------------------------------|-----------------------------------|
| Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich | | |
| Sitzungsdatum: 26.11.2015 | Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr | Sitzungsende: 16:49 Uhr |

| Mitglieder / Anwesende | Fraktion Gruppe | Funktion Anmerkung |
|-----------------------------|--------------------|---|
| Vorsitz | | |
| Pickel, Sascha | | |
| Mitglieder | | |
| Albers, Angelika | SPD | |
| Beekhuis, Jochen | GRÜNE | Vertretung für Gila Altmann |
| Behrends, Kuno | SPD | Vertretung für Frau Anita Biller |
| Carow, Johanne | SPD | |
| Frerichs, Theo | FW | |
| Lüppen, Christel | CDU | |
| Meyerholz, Hans-Gerd | SPD | |
| Molitor, Tim | GFA | |
| Odens, Roelf | | |
| Pansegrau, Ute | CDU | |
| Rinschede, Klaus | | |
| Seelgen, Blanka | DIE LINKE. | Vertretung für Herrn Jan Roß |
| Beratende Mitglieder | | |
| Ewen, Christian | | Vertreter des Jobcenters |
| Farny-Carow, Maike | | Interessenvertretung der ehrenamtlich Tätigen |
| Grensemann, Monika | | Erzieherin aus dem Kita-Bereich |
| Harms, Karin | | Jugendschutzbeauftragte Polizei Aurich |
| Homann, Jürgen | | Kreisjugendpfleger |
| Kluin, Dietmar | | Vertreter für den Kinderschutz |

| | |
|--------------------|--|
| Kostka, Anja | Vertreterin der ev. Kirche |
| Tobiassen, Bernd | Interessenvertreter ausländische Kinder u. Jugendliche |
| Wunsch, Jutta | Leiterin des Fachamtes |
| Verwaltung | |
| Buss, Thomas | Protokollführer |
| Puchert, Dr. Frank | Erster Kreisrat |

Nicht anwesend:**Mitglieder**

| | |
|-------------------|-------|
| Altmann, Gila | GRÜNE |
| Biller, Anita | SPD |
| Eiben, Florian | |
| Hinrichs, Theodor | |
| Hülsebus, Dieter | |

Grundmandat

| | |
|----------|-----------|
| Roß, Jan | DIE LINKE |
|----------|-----------|

Beratende Mitglieder

| | |
|---------------------|--|
| Hillen, Anette | Lehrkraft, die von der unteren Schulbehörde ernannt wird |
| Hohensee, Maren | Richterin des Jugendgerichts |
| Jelden, Frauke | Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Aurich |
| Pahl, Dennis | Vertreter der kath. Kirche |
| Störiko, Andrea Dr. | Jugendärztlicher Dienst des Gesundheitsamtes |

| |
|---------------------|
| Tagesordnung |
|---------------------|

Öffentlicher Teil:

| | |
|----|--|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 24.09.2015 |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Berichterstattung zur Unterbringung minderjähriger Ausländer und einreisender Familien mit Kindern |

7. Budgetentwicklung des Regionalteams West: Berichterstattung des Regionalteamleiters
 8. Bundessprachbildungsprogramm Kindertagesstätten: "Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist"
 9. Sachstandsbericht zum Lesenest und Mathestübchen
 10. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
 11. Einwohnerfragestunde
 12. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 15.00 Uhr die 14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und hieß alle Anwesenden herzlich willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und das Gremium beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellte die Tagesordnung in der durch die Sitzungseinladung dargelegten Reihenfolge fest.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 24.09.2015

Frau Seelgen gab als Anmerkung zu Protokoll, dass sie an der letzten Sitzung nicht teilgenommen habe, fälschlicherweise jedoch als anwesend gekennzeichnet wurde.

Der Jugendhilfeausschuss beschloss sodann einstimmig, die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 24.09.2015 zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 5 Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen oder Fragen lagen nicht vor.

TOP 6 Berichterstattung zur Unterbringung minderjähriger Ausländer und einreisender Familien mit Kindern

KOAR Wunsch trug mit Hilfe der dem Protokoll als Anlage beigefügten Powerpoint-Präsentation den aktuellen Sachstand bezüglich der Unterbringung von Minderjährigen Unbegleiteten Ausländern (UMA) vor.

Frau Harms tritt um 15:14 Uhr zur Sitzung hinzu.

Im Anschluss an den Vortrag von **KOAR Wunsch** berichtete **Frau Harms**, in der Vergangenheit bereits häufiger mit abgängigen UMA zu tun gehabt zu haben. Unter den Behörden gebe es keine einheitliche Auffassung, ab welcher Zeitspanne ein UMA als abgängig zu melden sei. So habe das Landesjugendamt einen Zeitraum von 48 Stunden als Maßstab gesehen, nachdem ein UMA für die Jugendämter nicht mehr „existent“ sei. Demgegenüber würde man grundsätzlich jedoch jede Vermisstenmeldung aufnehmen. Um Mehrfachmeldungen zu vermeiden, wäre ein einheitlicher Standard hilfreich.

Auf Nachfrage von **Herrn Molitor** berichtete **Dipl.-Soz.-Päd. von Prüssing**, dass über das Ausländeramt ein Pool an Dolmetschern für verschiedene Sprachen vorgehalten werde. Bei manchen Sprachen sei die Lage sehr gut. Für andere Sprachen wie z.B. persisch sei es jedoch schwierig, Dolmetscher zu finden.

Auf Rückfrage von **Frau Carow** berichtete **KOAR Wunsch**, dass pro zugewiesenen UMA vom Land Niedersachsen eine Verwaltungskostenpauschale von 2.000,00 EUR gezahlt werden. Die Kosten der Jugendhilfe würden vollumfänglich durch das Land refinanziert. **Dipl.-Soz.-Päd. Homann** ergänzte, dass mit einer hohen Fluktuation und Mehrfachzahlungen der Pauschale zu rechnen sei.

Herr Tobiassen wies darauf hin, dass es zwar eine Reihe von Leuten gebe, die aufgrund ihres langjährigen Aufenthalts in Deutschland dolmetschen könnten. Perspektivisch gesehen reiche dies jedoch nicht. Vielmehr bestehe aus seiner Sicht die Notwendigkeit, gerade zur Erläuterung der komplexen rechtlichen Zusammenhänge im Asylverfahren und der Jugendhilfe kontextbezogene Schulungen durchzuführen.

Auf Rückfrage von **Abg. Albers** berichtete **Dipl.-Soz.-Päd. von Prüssing**, dass im Rahmen der Akutsituation nur eine erste Einschätzung hinsichtlich des Gesundheitszustandes, und der Historie der Flucht vorgenommen werden könne. Auch wenn man hierbei ggf. erste Anzeichen einer Traumatisierung erkennen könne, würden sich diese in der Regel erst zeigen, wenn die Jugendlichen zur Ruhe gekommen seien. In diesem Zusammenhang sei man stark auf die psychologischen Dienste der freien Träger angewiesen.

Abg. Frerichs erkundigte nach den Möglichkeiten der Altersfeststellung und wie in der (verwaltungs-)praxis mit abgängigen Jugendlichen umgegangen werde. **Dipl.-Soz.-Päd. Haneborger** und **Dipl.-Soz.-Päd. von Prüssing** stellen am Beispiel der umstrittenen Handwurzeluntersuchungen die Schwierigkeiten der Altersfeststellung dar. Viel



hänge auch von den äußeren Merkmalen des Jugendlichen und dem persönlichen Gespräch ab. Man sei grundsätzlich verpflichtet, mit dem vorsichtigsten Mittel die Einschätzung vorzunehmen.

Nach Einschätzung von **EKR Dr. Puchert** werde sich das Phänomen fortsetzen, dass Flüchtlinge kurzfristig weiterreisen würden. Das Land Niedersachsen habe ganz klar gesagt, dass jeder ungehindert weiterreisen dürfe. Die vorherrschende Fluktuation sei somit eine Tatsache, die vom Land gewollt sei. In der überwiegenden Anzahl der Fälle werde angegeben, dass keine Passpapiere vorhanden seien. Im Falle einer Abschiebung sei diese aufgrund dessen ausgeschlossen. Im Übrigen würden bei allen Flüchtlingen die Namen, das Alter und die Religionszugehörigkeit festgestellt und aktenkundig gemacht.

Mit Blick auf die kurzfristige Gesetzesänderung zum 01.11.2015 sah es **Herr Kluin** als einen glücklichen Umstand an, dass bis dato durchgeführte Inobhutnahmen von den überbelasteten Landkreisen nicht umverteilt werden durften. Dies habe dem Landkreis eine Verschnaufpause verschafft. Angesichts der nun laufenden wöchentlich Einreise von 200 UMA aus den umliegenden Bundesländer nach Niedersachsen und einer daraus resultierenden Zuweisung von 6 UMA in den Landkreis Aurich seien die freien Träger am Rande ihrer Kapazität. Die Anforderung, alle 3 Wochen eine neue Wohngruppe eröffnen zu müssen, mache ihm unabhängig von der organisatorischen Herausforderung und einer Anschubfinanzierungen von in der Regel 70.000 bis 100.000 EUR je Wohngruppe vor allem wegen der Akquise des notwendigen Personals Sorgen.

EKR Dr. Puchert ergänzte, dass die Leistungsgrenzen bereits insoweit erreicht seien, dass das Land zwischenzeitlich sogar über Abstriche in der Formalqualifikation des einzusetzenden Personals rede. Auch dem Land sei bewusst, dass die vorherrschenden Volumina aufgrund der absoluten Grenzen des zur Verfügung stehenden Personals nicht abgearbeitet werden können. Mit Blick auf das nächste Jahr komme man aus seiner Sicht an den Punkt, dass Standards lediglich nur noch eine theoretische Größe darstellen würden.

Herr Kluin schloss sich dieser Einschätzung an, sprach aber gleichzeitig ein Lob für die wertschätzenden Umgang mit den Menschen und den professionellen der Charakter der Arbeit des hiesigen Fachamtes aus. Mit seinem Einblick in die Arbeit anderer Jugendämter würde im Landkreis Aurich bei weitem am Professionellsten mit der Situation umgegangen. **Herr Rinschede** schloss sich dieser Einschätzung an. Im Gegensatz zu vielen anderen Jugendämtern sei der Landkreis Aurich sehr gut aufgestellt.

Auf Nachfrage von **Abg. Albers** berichtete **KOAR Wunsch**, dass man weiterhin an der Akquise und Qualifikation von Gastfamilien arbeite. Nach der Sitzung im Ausschuss für Migration und Teilhabe hätten ca. 60 Familien an Informationsveranstaltungen des Fachamtes teilgenommen. Die Familien würden nun überprüft, geschult und professionell auf die Aufnahme von UMA vorbereitet. Man müsse jedoch genau schauen, welche Jugendliche sich für eine Gastfamilie eignen würden bzw. welche Jugendliche aufgrund ihrer traumatischen Erfahrungen besser in eine Jugendhilfeeinrichtung unterzubringen seien.

Im Namen des Ausschusses schloss sich der Vorsitzende der Einschätzung von **Herrn Kluin** und **Herrn Rinschede** und sprach den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für die professionelle Arbeit seinen Dank aus.

TOP 7 **Budgetentwicklung des Regionalteams West: Berichterstattung des Regionalteamleiters**

Dipl.-Soz.-Päd. Haneborger stellte mit Hilfe der dem Protokoll beigefügten Präsentation die Eckpunkte des für das von ihm für das Regionalteam West zu verwaltenden Budgets vor. Rückfragen aus der Mitte des Ausschusses ergaben sich nicht.

TOP 8 **Bundessprachbildungsprogramm Kindertagesstätten: "Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist"**

Dipl.-Soz.-Päd. Homann stellte in Grundzügen das Förderprogramm zur Sprachförderung in Kindertagesstätten vor. Die Umsetzung des Projektes sei in Kooperation mit dem Landkreis Wittmund und der Stadt Emden vorgesehen. Hierfür werde eine halbe Stelle zur Fachberatung in den Kindertagesstätten vorgehalten, die mit einem jährlichen Betrag von 32.000,00 EUR gefördert werden. Nach dem Willen der Beteiligten solle die Personalstelle beim Landkreis Aurich angesiedelt werden. Die zur Verfügung gestellte Fördersumme sei zur Refinanzierung der Stelle auskömmlich. Ob angesichts des Fachkräftemangels die Stelle personell kurzfristig zu besetzt werden könne, bleibe abzuwarten.

TOP 9 **Sachstandsbericht zum Lesenest und Mathestübchen**

Dipl.-Soz.-Päd. Homann stellt die Situation rundum die Lesenester und Mathestübchen vor.

Abg. Seelgen verlässt um 16.25 Uhr die Sitzung.

Abg. Behrends sah in der Arbeit der Lesenester und Mathestübchen eine Investition in die Zukunft der Kinder, die sich immer amortisieren werden. Es stelle sich jedoch die Frage, ob es angesichts der geforderten Lizenzgebühren günstigere Alternativen gäbe.

Abg. Beekhuis schloss sich dieser Einschätzung an und zeigte sich hinsichtlich des Vorgehens des bisherigen Kooperationspartners enttäuscht. Er tue sich schwer, sich den Bedingungen der Hasenschule zu unterwerfen und schlug vor, ein anderes Modell entwickeln zu lassen oder selber zu entwickeln.

Abg. Odens stimmte seinen Vorrednern zu. Seiner Ansicht nach solle man keine Lizenzgebühren für eine verhältnismäßig geringe Leistung zahlen, sondern ggf. mit den Schulen zusammen ein anderes Konzept entwickeln.

Auf Nachfrage von **Herrn Molitor** erläuterte **Dipl.-Soz.-Päd. Homann**, dass es zwar anderes Material und andere Lernverfahren gäbe, diese jedoch mit ähnlichen Kosten verbunden seien. Ebenso wie die Vorredner sei das Fachamt überrascht und ärgerlich, wie kurzfristig und schnell das Vorhaben der Lizenzierung von der Hasenschule vorangetrieben werde. Man wolle sich jedoch nicht unter Druck setzen lassen. Ziel

müsse es sein, ggf. unter Beteiligung einer Universität oder Hochschule eine Alternative zu suchen und zu entwickeln und die Lesenester und Mathestübchen unter einen eigenen Dachmarke fortzuführen.

Aus Sicht von **Abg. Albers** sei es wichtig, ein Vakuum in der Beschulung zu vermeiden und im Sinne der Kinder einen nahtlosen Übergang zu einer anderweitigen Lösung zu gewährleisten. **Dipl.-Soz.-Päd. Homann** schloss sich dieser Sichtweise an und teilte mit, dass unabhängig von einem bevorstehenden Treffen mit dem Geschäftsführer der Hasenschule bereits anderweitige Alternativen seitens des Fachamtes geprüft würden.

Herr Kluin regte eine rechtliche Prüfung der Vorgehensweise der Hasenschule an. Er sah in der an den Tag gelegten Praxis den Anfang des Trägers, neue Einnahmequellen zu erschließen. Man begeben sich hiermit auf eine Ebene, auf der man nicht mehr Herr des Verfahrens sei und auf lange Sicht die Qualität leiden werde.

Abg. Beekhuis schlug vor, sich seitens des Ausschusses grundsätzlich für eine Weiterführung der Lesenester und Mathestübchen auszusprechen. Der Ausschuss solle der Verwaltung einen entsprechenden Auftrag geben.

Der Vorsitzende zeigt sich über die Wendung erschüttert. Durch den Landkreis sei seit 1998 ein Erfolgsmodell aufgebaut worden, aus dem jetzt ein Geschäftsmodell gemacht werde. Dabei müsse man feststellen, dass die ursprüngliche Geschäftsführerin (Frau Rabanus) andere Motive verfolgte, als die jetzige Leitung.

Im Einvernehmen mit den Anwesenden stellte **der Vorsitzende** fest, dass der Jugendhilfeausschuss nicht gewillt ist, die geforderten Lizenzgebühren zu zahlen und die Verwaltung beauftragt, Alternativen zu entwickeln und diese als Vorschlag in eine der nächsten Ausschusssitzung einzubringen.

TOP 10 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

KAR Buss berichtete über die erfolgreiche Teilnahme des Fachamtes am landesweiten Unterhaltsvorschuss-Fachtag in Hannover. Im Rahmen eines Best-Practice-Beispiels habe die Arbeitsweise des Amtes für Kinder, Jugend und Familie und die damit einhergehende landesweit höchste Rückholquote bei den anderen Behörden für großes Aufsehen gesorgt.

TOP 11 **Einwohnerfragestunde**

Wortmeldungen oder Fragen lagen nicht vor.

TOP 12 **Schließung der Sitzung**

Der Vorsitzende schloss um 16.49 Uhr die 14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und wünschte allen Anwesenden einen guten Nachhauseweg.



gez. Pickel
Vorsitzende

gez. Buss
Protokollführer

